



# EL SALVADOR: MEMORANDUM AN DEN PRÄSIDENTEN

ERSTE MENSCHENRECHTSEMPFEHLUNGEN AN DIE NEUE  
REGIERUNG

AMNESTY  
INTERNATIONAL



**Amnesty International ist eine globale Bewegung mit mehr als 7 Millionen Menschen, die sich für den Schutz und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen.**

**Unsere Vision ist, dass jeder Mensch alle Rechte hat, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen internationalen Menschenrechtsstandards beschrieben sind.**

**Wir sind unabhängig von Regierungen, Religionen sowie politischen, ideologischen oder ökonomischen Interessen und werden vor allem durch unsere Mitglieder und öffentliche Spenden finanziert.**

© Amnesty International 2019

Titel-Foto: © Amnesty International

Wenn nicht anders gekennzeichnet, steht der Inhalt dieses Dokumentes unter einer Creative Commons Lizenz (mit Namensnennung, nicht-kommerziell, ohne Änderungen, international 4.0) <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode>

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Hinweisseite

<https://www.amnesty.org/en/about-us/permissions/>. Materialien, die ausdrücklich einem anderen Copyright-Inhaber als Amnesty International zugeordnet werden, sind nicht Bestandteil dieser Creative Commons Lizenz.

Angaben erstmals publiziert 2019 von Amnesty International Ltd

Peter Benenson House, 1 Easton Street

London WC1X 0DW, UK

Index: AMR 29/0546/2019

<https://www.amnesty.org/en/documents/amr29/0546/2019/en/>

Originalsprache Spanisch

**amnesty.org**



# EINLEITUNG

El Salvador steht beim Thema Menschenrechte vor einer Reihe großer Herausforderungen. Trotz der Fortschritte, die während der Übergangszeit nach dem Ende des Bürgerkriegs 1992 erzielt wurden, bestehen nach wie vor erhebliche Hindernisse für die Ausübung selbst der grundlegendsten Rechte.

Amnesty International ist der Ansicht, dass die neue Regierung unter Präsident Nayib Bukele die Verantwortung dafür trägt, große und transformative Veränderungen zu fördern und umzusetzen, um die internationalen Verpflichtungen El Salvadors im Bereich der Menschenrechte zu erfüllen. Die Regierung von Präsident Bukele muss ihre Amtszeit mit konkreten Schritten beginnen, die El Salvador eine neue Richtung weisen, in der die Menschenrechte für die Entscheidungsfindung und die Gestaltung und Umsetzung der öffentlichen Politik von zentraler Bedeutung sind.

In diesem kurzen Dokument legt Amnesty International einige seiner Hauptanliegen in Bezug auf die Menschenrechtssituation in El Salvador dar. Die Organisation hofft, dass die neue Regierung diese und andere Herausforderungen im Bereich der Menschenrechte mit Entschlossenheit angehen wird, unverzüglich die notwendigen Veränderungen herbeizuführen, um die Menschenrechte in dem Land Wirklichkeit werden zu lassen.

## GERECHTIGKEIT, WAHRHEIT UND WIEDERGUTMACHUNG FÜR DIE OPFER DES BEWAFFNETEN KONFLIKTES

Fast 30 Jahre nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens sind die Rechte der Opfer auf Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung in El Salvador immer noch nicht vollständig gewährleistet. Amnesty International äußerte sich öffentlich besorgt über den jüngsten Versuch einiger Mitglieder des Parlaments, die Verabschiedung eines neuen normativen Rahmens, des Sondergesetzes für Übergangs- und Wiedergutmachungsgerechtigkeit für die nationale Versöhnung (*Ley Especial de Justicia Transicional y Restaurativa para la Reconciliación Nacional*)<sup>1</sup>, zu unterstützen. Der Text dieses Gesetzes wurde von Menschenrechtsgruppen als Bedrohung für das Recht der Opfer auf Zugang zur Justiz und als Mechanismus zur Aufrechterhaltung der Straflosigkeit bezeichnet. Darüber hinaus forderte die Präsidentin des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte El Salvador auf, das Verfahren für die Annahme des Gesetzes auszusetzen, und die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Michelle Bachelet, warnte davor, dass der Gesetzentwurf<sup>2</sup> eine Reihe von Bestimmungen enthalte, die zu einer faktischen Amnestie führen könnten<sup>3</sup>.

El Salvador muss mit voller Überzeugung seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen und die Empfehlungen und Resolutionen internationaler Menschenrechtsorganisationen zu Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung für die immensen Tragödien, die durch den bewaffneten Konflikt verursacht wurden, umsetzen. Eine bessere Zukunft für El Salvador ist nur möglich, wenn die neuen Behörden sich dazu entschließen, sich der Vergangenheit zu stellen und geschehenes Unrecht wiedergutzumachen.

Amnesty International fordert daher die neuen Behörden auf:

- Das Vetorecht des Präsidenten während des Verabschiedungsprozesses von Gesetzen zu nutzen, um sicherzustellen, dass keine neuen Gesetze geschaffen werden, die das Recht der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung gefährden.
- Im Rahmen von Rechtsprechung und Rechtsbefugnissen sicherzustellen, dass die Opfer und ihre Vertreter\_innen konsultiert und in die Lage versetzt werden, effektiv an Entscheidungsprozessen teilzunehmen, die die Ausübung ihrer Rechte betreffen könnten.
- Dem Parlament einen Gesetzentwurf zur Debatte vorzulegen, der den Zugang zur Justiz und eine umfassende Entschädigung für Opfer von Verbrechen nach dem Völkerrecht und für Menschenrechtsverletzungen gewährleistet, die während des bewaffneten Konflikts begangen wurden. Der Entwurf sollte aus einer

<sup>1</sup> Amnesty International: *El Salvador: Die Opfer des Bürgerkrieges sollten nicht mehr länger auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung warten müssen*, 15. Mai 2019, verfügbar unter [https://www.ai-el-salvador.de/files/ai\\_el\\_salvador/PDFs/El-Salvador-19-05-15-Amnestie.pdf](https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/El-Salvador-19-05-15-Amnestie.pdf)

<sup>2</sup> Inter-American Court Human Rights, *Case of the Massacres of El Mozote and surrounding areas v. El Salvador*, *Urgent Measures and Monitoring Compliance with Judgment*, 28. Mai 2019 (Spanish only), verfügbar unter <http://www.corteidh.or.cr/index.php/en/compliance-with-judgment>

<sup>3</sup> OHCHR, *El Salvador: Bachelet urges Legislative Assembly to refrain from re-establishing amnesty for serious human rights violations*, 22/23 May 2019, verfügbar unter <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=24642&LangID=E>

eingehenden Konsultation mit den Opfern entstehen und ihre Vorschläge ebenso berücksichtigen wie die Empfehlungen und Resolutionen internationaler Menschenrechtsorganisationen.

- Sicherzustellen, dass nationale Behörden oder Opfer zu den Informationen aus den Akten von Regierungsbehörden Zugang haben, die sie benötigen, einschließlich militärischer Aufzeichnungen über die Jahre des bewaffneten Konflikts, über während des bewaffneten Konflikts begangene Verbrechen und die möglichen Täter.
- Eine staatliche Politik zu fördern und zu gestalten, die sich umfassend mit Verzögerungen beim Zugang zu Recht, Wahrheit und Wiedergutmachung sowie mit der Einhaltung der von der Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs von El Salvador auferlegten Verpflichtungen und der internationalen Menschenrechtsgesetzgebung befasst.
- Die Erfolge und Herausforderungen der bisher durchgeführten Reparationsmaßnahmen zu überprüfen und ergänzende Maßnahmen zu ergreifen, um eine umfassende Entschädigungspolitik für Opfer im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsstandards zu konzipieren und umzusetzen.

## DIE RECHTE VON FRAUEN UND MÄDCHEN

Anhaltende Diskriminierung und Geschlechterungerechtigkeit in der salvadorianischen Gesellschaft hindern Frauen und Mädchen daran, ihre Menschenrechte wahrzunehmen. Dies manifestiert sich in Überzeugungen darüber, was akzeptables Verhalten für Frauen und Mädchen ausmacht, in Stereotypen, die die primäre Rolle von Frauen als Mütter und von Mädchen als potenzielle Gebärerinnen darstellen, und in Einstellungen zu vorehelichem Geschlechtsverkehr.<sup>4</sup>

Das Jahr 1998 war ein Wendepunkt für salvadorianische Frauen, ihre Menschenrechte auszuüben. Während sich in diesem Jahr die meisten Länder auf dem Weg hin zu einer Liberalisierung von restriktiven Abtreibungsgesetzen bewegten, beschloss El Salvador, Abtreibungen unter allen Umständen zu kriminalisieren, ohne Ausnahme, indem es die bisherigen rechtlichen Indikationen für Abtreibungen (Gefährdung des Lebens der Frau, Schwangerschaft als Folge einer Vergewaltigung und schwere Missbildungen beim Fötus) abschaffte.<sup>5</sup>

Die Gesetzesänderung von 1998 wurde nicht nur von nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen, sondern auch von den Schutzorganen der Vereinten Nationen und des Interamerikanischen Menschenrechtssystems weithin verurteilt. So hat die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen nach ihrem Besuch in El Salvador im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, dass "der Tod einer Frau, wenn er medizinisch mit einer absichtlichen Verweigerung des Zugangs zur lebensrettenden medizinischen Versorgung wegen eines absoluten gesetzlichen Abtreibungsverbot in Verbindung gebracht werden kann, nicht nur eine Verletzung des Rechts auf Leben und eine willkürliche Beraubung des Lebens, sondern auch eine geschlechtsspezifische willkürliche Hinrichtung durch den Staat darstellt, unter der ausschließlich Frauen als Folge einer gesetzlich verankerten Diskriminierung leiden"<sup>6</sup>.

Der rechtliche Rahmen führt nicht nur zur Kriminalisierung aller Frauen, die eine Abtreibung vornehmen, sondern erschafft auch ein Klima des Misstrauens gegenüber denen, die Fehlgeburten oder andere geburtshilfliche Notfälle ohne medizinische Behandlung erleiden. Infolgedessen wurden meist in Armut lebende Frauen, die Schwangerschaftskomplikationen erlitten, vor Gericht gestellt und wegen Abtreibung oder im schlimmsten Fall wegen schwerer Tötung angeklagt und zu Freiheitsstrafen bis zu 40 Jahren verurteilt.<sup>7</sup>

Daher fordert Amnesty International die neuen Behörden auf:

- Die Aufhebung der Gesetze zu fördern, welche Abtreibungen kriminalisieren, und den Zugang zu sicherer und legaler Abtreibung zu gewährleisten, frei von Zwang, Gewalt oder Diskriminierung. Dies wird sich auch auf die Beendigung der ungerechten Kriminalisierung von Frauen auswirken, die wegen Schwangerschaftskomplikationen inhaftiert wurden.
- Allen Frauen Zugang zu Bildung, Information und umfassenden sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten zu gewähren, einschließlich moderner und qualitativ hochwertiger Verhütungsmethoden und des Zugangs zu sicherer und legaler Abtreibung.

<sup>4</sup> Amnesty International: *Am Rande des Todes. Gewalt gegen Frauen und das Abtreibungsverbot in El Salvador*. (Index Nummer AMR 29/003/2014), verfügbar unter [https://www.ai-el-salvador.de/files/ai\\_el\\_salvador/PDFs/el-salvador-2014-abtreibungsverbot-kampagne.pdf](https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/el-salvador-2014-abtreibungsverbot-kampagne.pdf)

<sup>5</sup> Amnesty International: *Zerrissene Familien, zerrissene Bande: El Salvador: Wegen Schwangerschaftskomplikationen inhaftierte Frauen und die Auswirkungen auf ihre Familien* (Index Nummer AMR 29/2873/2015), verfügbar unter [https://www.ai-el-salvador.de/files/ai\\_el\\_salvador/PDFs/Zerrissene-Familien-15-11-30-Bericht.pdf](https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/Zerrissene-Familien-15-11-30-Bericht.pdf)

<sup>6</sup> Human Rights Council, Report of the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions on her mission to El Salvador, A/HRC/38/44/Add.2, 7. Dezember 2018, Abs. 90, verfügbar unter [https://www.ohchr.org/Documents/Issues/Executions/A\\_HRC\\_38\\_44\\_EN.docx](https://www.ohchr.org/Documents/Issues/Executions/A_HRC_38_44_EN.docx).

<sup>7</sup> Amnesty International: *Zerrissene Familien, zerrissene Bande: El Salvador: Wegen Schwangerschaftskomplikationen inhaftierte Frauen und die Auswirkungen auf ihre Familien* (Index Nummer AMR 29/2873/2015), verfügbar unter [https://www.ai-el-salvador.de/files/ai\\_el\\_salvador/PDFs/Zerrissene-Familien-15-11-30-Bericht.pdf](https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/Zerrissene-Familien-15-11-30-Bericht.pdf)

- Sicherzustellen, dass Ärzte und anderes medizinisches Personal ihre berufliche Schweigepflicht einhalten, falls sie bei der Ausübung ihres Berufs feststellen, dass eine Patientin eine Abtreibung vorgenommen hatte oder wenn Schwangerschaftskomplikationen darauf hindeuten, dass dies der Fall sein könnte.
- Wiedergutmachungsmaßnahmen für Frauen einzuleiten, die nach einer Verurteilung wegen Abtreibung oder schweren Totschlags freigelassen wurden. Die Regierung sollte auch dafür sorgen, dass die Rechte der Familienangehörigen, insbesondere die Rechte der Kinder von verurteilten Frauen, geachtet werden und Wiedergutmachung für den verursachten Schaden geleistet wird.
- Alle Frauen, die wegen einer Abtreibung oder Schwangerschaftskomplikation inhaftiert sind, unverzüglich freizulassen, einschließlich diejenigen, die wegen Abtreibung, Mord, schwerer Tötung oder anderer Straftaten (gegen ihr ungeborenes oder neugeborenes Kind; Anm.d.Ü.) verurteilt wurden und bis zur Änderung der einschlägigen Gesetze inhaftiert sind. Die Ermittlungen und Anklagen gegen Frauen und Mädchen wegen Abtreibung oder Fehlgeburten sollten sofort eingestellt werden.

## MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER\_INNEN

Das Recht auf Verteidigung der Menschenrechte ist in internationalen Menschenrechtsgesetzen als eigenständiges und unabhängiges Recht verankert und geschützt. Menschenrechtsverteidiger\_innen sind Menschen, die durch ihre Aktionen Menschenrechtsverletzungen und -übergriffe ans Licht bringen und dokumentieren, Opfer und ihre Familien unterstützen und mit ihnen zusammenarbeiten, um Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung herbeizuführen und zu verhindern, dass sich solche Aktionen wiederholen. Die Ausübung und der Genuss des Rechts auf Verteidigung der Menschenrechte sind von grundlegender Bedeutung für die effektive Wahrnehmung vieler anderer Menschenrechte. Daher ist die staatliche Anerkennung der Relevanz, Autonomie, Unabhängigkeit und des mehrdimensionalen Aspekts dieses Rechts zentral und notwendig.<sup>8</sup>

Wenn die Behörden die Aktivitäten von Menschenrechtsverteidiger\_innen verhindern, einschränken, bestrafen oder unterdrücken oder keine Maßnahmen ergreifen, um solche Handlungen zu verhindern oder zu beenden, kommen sie ihren Verpflichtungen nicht nach. In den vergangenen Jahren hat Amnesty International Aktionen dokumentiert und kritisiert, die Verteidiger\_innen sexueller und reproduktiver Rechte in El Salvador stigmatisieren und diskreditieren. Aussagen, die ihre Legitimität stigmatisieren oder untergraben, gehören zu den Faktoren, die ein Umfeld schaffen, das der Entwicklung ihrer Arbeit nicht förderlich ist und die Risiken für sie erhöht<sup>9</sup>. Amnesty International hat auch Berichte über Angriffe und Bedrohungen gegen LGBTI-Verteidiger\_innen erhalten.

Im vergangenen Jahr stellte die Interamerikanische Menschenrechtskommission (IACHR) fest, dass sich die Sicherheitslage für Menschenrechtsverteidigerinnen nach Berichten, die sie von zivilgesellschaftlichen Organisationen erhalten hatte, verschlechtert hat. Darüber hinaus wurde hinzugefügt, dass Frauen, die Land oder Rechte im Zusammenhang mit der Umwelt verteidigen, weiterhin bedroht, verunglimpft und sogar kriminalisiert werden.<sup>10</sup>

Daher fordert Amnesty International die neuen Behörden auf:

- Die wichtige Rolle der Menschenrechtsverteidiger\_innen öffentlich anzuerkennen und sicherzustellen, dass sie ihre Arbeit in einem sicheren und unterstützenden Umfeld verrichten können; besondere Aufmerksamkeit sollte weiblichen Menschenrechtsverteidiger\_innen, LGBTI-Verteidiger\_innen und allen anderen gewidmet werden, die mit mehreren Herausforderungen und miteinander verbundenen Formen der Diskriminierung und Marginalisierung gleichzeitig konfrontiert sind. Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um ihren wirksamen Schutz vor geschlechtsspezifischen Bedrohungen und Gewalt oder anderen Bedrohungen und Gewalttaten zu gewährleisten, denen sie aufgrund ihrer Arbeit oder ihrer Identität ausgesetzt sind.
- Die Verabschiedung von Rechtsvorschriften zu fördern, die alle Menschenrechtsverteidiger\_innen anerkennen und wirksam schützen.
- Gründliche, unverzügliche und unabhängige Untersuchungen aller Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen gegen Menschenrechtsverteidiger\_innen sicherzustellen.
- Uneingeschränkt mit den verschiedenen Menschenrechtsmechanismen der Vereinten Nationen in dieser Frage zusammenzuarbeiten und insbesondere den Sonderberichterstatter über die Lage der

<sup>8</sup> Amnesty International: *Defending human rights in the Americas: necessary, legitimate and dangerous* (Index Nummer AMR 01/003/2014), verfügbar unter <https://www.amnesty.org/en/documents/amr01/0003/2014/en/>

<sup>9</sup> Amnesty International: *MenschenrechtsverteidigerInnen im Visier: Einsatz für sexuelle und reproduktive Rechte in Amerika* (Index Nummer AMR 01/2775/2015), verfügbar unter [https://www.ai-el-salvador.de/files/ai\\_el\\_salvador/PDFs/El-Salvador-Menschenrechtsverteidigerinnen-2015-12-09-Bericht.pdf](https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/El-Salvador-Menschenrechtsverteidigerinnen-2015-12-09-Bericht.pdf)

<sup>10</sup> Inter-American Commission on Human Rights, Conclusions and Observations on the IACHR's Working Visit to El Salvador, 29 Januar 2018, verfügbar unter [https://www.oas.org/en/iachr/media\\_center/PReleases/2018/011A.asp](https://www.oas.org/en/iachr/media_center/PReleases/2018/011A.asp)

- Menschenrechtsverteidiger\_innen zu ersuchen, Besuche ohne Einschränkung von Dauer und Umfang durchzuführen, und sicherzustellen, dass sie ungehindert mit Verteidiger\_innen zusammentreffen können.
- in Absprache mit Verteidiger\_innen eine umfassende öffentliche Politik zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger\_innen umzusetzen, so dass Maßnahmen zur Bekämpfung der strukturellen Ursachen ergriffen werden, die die Risiken und Angriffe auf Verteidiger\_innen erhöhen, wie Straffreiheit, Stigmatisierung und Diskriminierung.

## ÖFFENTLICHE SICHERHEIT UND MENSCHENRECHTE

Das Ende des bewaffneten Konflikts 1992 und die Unterzeichnung des Friedensabkommens ebneten den Weg für einen Prozess bedeutender institutioneller Reformen, zu dem auch die Auflösung von Sicherheitskräften gehörte, die der Beteiligung an schweren Menschenrechtsverletzungen beschuldigt wurden, und die Schaffung der nationalen Zivilpolizei (Policía Nacional Civil, PNC). Dies bedeutete die Entwicklung einer neuen Polizeidoktrin und einer gegenüber den zivilen Behörden verantwortlichen Organisation. Dennoch enthält die Bilanz der PNC wiederholte Beschwerden wegen übermäßiger Gewaltanwendung und anderer Menschenrechtsverletzungen.

Obwohl Gewalt in El Salvador in den letzten Jahren alarmierende Ausmaße erreicht hat, entbindet dies die staatlichen Sicherheitskräfte nicht davon, die Verantwortung für ihre Handlungen zu übernehmen oder den völkerrechtlichen Verpflichtungen El Salvadors nachzukommen. In den letzten Jahren haben sowohl nationale zivilgesellschaftliche Organisationen als auch internationale Menschenrechtsmechanismen ihre Besorgnis über Menschenrechtsverletzungen zum Ausdruck gebracht, die bei der Umsetzung der staatlichen Strategie zur Bekämpfung und Beseitigung von Kriminalität begangen wurden.

Sowohl der ehemalige Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Zeid Ra'ad Al Hussein, als auch die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR und die Sonderberichterstatterin für außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen, Agnes Callamard, haben sich besorgt über Berichte über außergerichtliche Hinrichtungen durch die Sicherheitskräfte geäußert. Das Wiederauftreten von Todesschwadronen<sup>11</sup>, die zunehmende militärische Präsenz bei Operationen der öffentlichen Sicherheit<sup>12</sup>, die halbherzige und unzureichende institutionelle Reaktion in Bezug auf wirksame Untersuchungen von Anschuldigungen wegen außergerichtlicher Hinrichtungen und übermäßiger Gewaltanwendung und die Notwendigkeit von "Außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen" zur Einhaltung der Menschenrechtsstandards<sup>13</sup> haben bei der internationalen Gemeinschaft Besorgnis ausgelöst. Vor kurzem hat das Menschenrechtsinstitut der Zentralamerikanischen Universität "José Simeón Cañas" (Instituto de Derechos Humanos de la Universidad Centroamericana "José Simeón Cañas", IDHUCA) seine Besorgnis über die Eignung einiger der neu ernannten Personen für leitende Positionen in der PNC zum Ausdruck gebracht. Darüber hinaus berichteten sie, dass sie in den letzten zwei Jahren Informationen über sechs Fälle von Menschenrechtsverletzungen erhalten hätten, darunter Fälle möglicher außergerichtlicher Hinrichtungen und Folterungen, die angeblich von Angehörigen der Polizeibehörden begangen wurden<sup>14</sup>.

Daher fordert Amnesty International die neuen Behörden auf:

- Strategien und Maßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen, die über repressive Ansätze hinausgehen und Maßnahmen umfassen, die sich auf die eigentlichen Ursachen von Gewalt, auf Prävention, Reintegration und Rehabilitation konzentrieren.
- Die technischen Kapazitäten der PNC zu stärken, indem sie mit angemessenen finanziellen Mitteln, Instrumenten, Ausbildung und Arbeitsbedingungen ausgestattet werden, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.
- Einen geordneten Rückzug von Mitgliedern der Streitkräfte aus der Beteiligung an Operationen der öffentlichen Sicherheit sicherzustellen und die Kapazität der PNC zu stärken.
- Sicherzustellen, dass jeder Staatsbeamte, unabhängig vom Rang, der der strafrechtlichen Verantwortung für die Begehung schwerer Menschenrechtsverletzungen verdächtigt wird, unverzüglich und in Übereinstimmung mit

<sup>11</sup> OHCHR, Statement by UN High Commissioner for Human Rights Zeid Ra'ad Al Hussein at the end of his mission to El Salvador, November 2017, verfügbar unter <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=22412&LangID=E>

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> Human Rights Council, Report of the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions on her mission to El Salvador, A/HRC/38/44/Add.2, 7 December 2018, verfügbar unter [https://www.ohchr.org/Documents/Issues/Executions/A\\_HRC\\_38\\_44\\_EN.docx](https://www.ohchr.org/Documents/Issues/Executions/A_HRC_38_44_EN.docx)

<sup>14</sup> Siehe: [https://www.laprensagrafica.com/ihuca\\_el\\_comisionado\\_arriaza\\_chicas\\_no\\_es\\_la\\_persona\\_mxs\\_indicada\\_para\\_hacer\\_las\\_reformas\\_que\\_la\\_pnc\\_necesita-20190606mp4.html](https://www.laprensagrafica.com/ihuca_el_comisionado_arriaza_chicas_no_es_la_persona_mxs_indicada_para_hacer_las_reformas_que_la_pnc_necesita-20190606mp4.html) (Spanisch) Interview mit Manuel Escalante, stellvertretender Direktor von IDHUCA, Juni 2019

den internationalen Menschenrechtsstandards entlassen wird, bis das Ergebnis einer unabhängigen und unparteiischen Untersuchung vorliegt.

- Sicherzustellen, dass polizeiliche Überwachungs- und Kontrollmechanismen verstärkt werden und dass polizeiliches Verhalten effektiv kontrolliert wird, um Straflosigkeit und willkürliche Handlungen zu verhindern.
- Die Erfolge und Herausforderungen der in den Vorjahren durchgeführten Maßnahmen zur Bekämpfung der hohen Gewalt zu überprüfen und zu bewerten. Dabei sollten die Meinung und die Beiträge nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen berücksichtigt und Maßnahmen entwickelt werden, die den internationalen Menschenrechtsstandards entsprechen.
- Sicherzustellen, dass diejenigen, die leitende und strategische Positionen in der PNC innehaben, über die erforderlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten verfügen, um ihre Arbeit in Übereinstimmung mit den internationalen Menschenrechtsgesetzen und -standards auszuführen.

## MIGRANT\_INNEN UND FLÜCHTLINGE

In einem regionalen Kontext, in dem sich die Gewalt verschärft hat und Armut und Ungleichheit anhaltend vorherrschen, haben es einige zentralamerikanische Regierungen, darunter die Regierung von El Salvador, bisher versäumt, ihre Bürger\_innen zu schützen. Die prekären sozioökonomischen Bedingungen und die allgemeine Gewalt haben eine Rekordzahl von Menschen gezwungen, aus ihren Gemeinschaften zu fliehen. Darüber hinaus haben es die Regierungen versäumt, Menschen zu schützen, die abgeschoben und in die gleichen Gefahren zurückgeführt werden, vor denen sie geflohen sind. Sie sind auch ihrer Verpflichtung zur wirksamen Unterstützung von Migrant\_innen, die unterwegs missbraucht wurden, nicht nachgekommen.<sup>15</sup>

Im Oktober und November 2018 führte Amnesty International mehrere Forschungsaufenthalte auf beiden Seiten der Grenze zwischen Mexiko und Guatemala durch. Während dieser Besuche konnte Amnesty International die Erfahrungen großer Karawanen von Menschen aus Mittelamerika, die kürzlich ihr Zuhause verlassen hatten, aus erster Hand dokumentieren. Dieses außergewöhnliche Phänomen war von einem Ausmaß, das seit der Flucht von Flüchtlingen infolge der Bürgerkriege in Guatemala und El Salvador in den 1980er Jahren beispiellos war. Die Tatsache, dass in so kurzer Zeit Tausende von Menschen in der Region ihre Länder verlassen haben, zeigt, dass die Menschen weiterhin in einem verzweifelten Versuch fliehen, ihr Leben zu schützen und Schutz zu suchen.<sup>16</sup>

Besorgniserregend ist auch die Situation der LGBTI-Bevölkerung im Land; sie wird häufig diskriminiert, ausgegrenzt und verschiedenen Arten von Gewalt wie Einschüchterungen, Angriffen und Morden ausgesetzt. Amnesty International hat das Fehlen einer wirksamen Reaktion der Behörden darauf dokumentiert und wie dies viele LGBTI-Personen gezwungen hat, das Land zu verlassen, und wie sie dadurch aufgrund ihrer geschlechtsspezifischen Identität und/oder sexuellen Orientierung besonders gefährdet wurden. Amnesty International erinnert die Regierung von El Salvador daran, dass sie verpflichtet ist, die Rechte aller Menschen ohne Diskriminierung zu schützen.<sup>17</sup>

Daher fordert Amnesty International die neuen Behörden auf:

- Dringend die Faktoren anzugehen, die die Menschen zur Flucht aus El Salvador antreiben, einschließlich weit verbreiteter Gewalt, Menschenrechtsverletzungen, Ungleichheit, endemischer Straffreiheit und Situationen, die besonders LGBTI-Bürger\_innen, Frauen und Kinder betreffen.
- Verordnungen zur besseren und kontinuierlichen Unterstützung der Familien von Migrant\_innen auszuarbeiten, die Opfer schwerer Straftaten oder Menschenrechtsverletzungen im Ausland geworden sind. Dazu sollte eine stärkere Lobbyarbeit bei ausländischen Behörden gehören, die Entwicklung und Stärkung transnationaler Justizmechanismen, die Information der Familien über aktuelle Untersuchungen und die Bereitstellung psychologischer Hilfe, wenn nötig.
- Mechanismen zu schaffen, um festzustellen, ob die nach El Salvador zurückgeschickten Personen in ihren Herkunftsgemeinschaften gefährdet sind, und, falls dies der Fall ist, einen angemessenen und sofortigen Schutz zu gewährleisten.

<sup>15</sup> Amnesty International: *Home sweet home? Honduras, Guatemala und El Salvador in einer ständig wachsenden Flüchtlingskrise* (Index Nummer AMR 01/4865/2016), verfügbar unter [https://www.ai-el-salvador.de/files/ai\\_el\\_salvador/PDFs/Home-sweet-home-deutsch.pdf](https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/Home-sweet-home-deutsch.pdf)

<sup>16</sup> Amnesty International: *Amerika: Vor verschlossener Tür – der dringende Bedarf an Schutzmaßnahmen für zentralamerikanische Flüchtlinge, Asylsuchende und Migrant\_innen in den Karawanen* (Index Nummer AMR 01/9447/2018), verfügbar unter [https://www.ai-el-salvador.de/files/ai\\_el\\_salvador/PDFs/Abgeblockt.pdf](https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/Abgeblockt.pdf)

<sup>17</sup> Amnesty International: *Amerika: Nirgendwo in Sicherheit – Salvadorianer\_innen, Guatemalteke\_innen und Honduraner\_innen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und/oder ihrer Geschlechtsidentität auf der Suche nach Asyl in Mexiko* (Index Nummer AMR 01/7258/2017), verfügbar unter [https://www.ai-el-salvador.de/files/ai\\_el\\_salvador/PDFs/nirgendwo-in-sicherheit-final.pdf](https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/nirgendwo-in-sicherheit-final.pdf)

- Die Koordination zwischen den konsularischen Diensten im Ausland und den Aufnahmezentren für Personen zu verbessern, die abgeschoben oder zurückgeführt worden sind, um schutzbedürftige Personen zu ermitteln und sicherzustellen, dass bei allen Aufnahme-, Wiedereingliederungs- und Schutzprogrammen für abgeschobene Migrant\_innen die Rechte und die besonderen Bedürfnisse der LGBTI-Bevölkerung berücksichtigt werden.
- Die Risiken für abgeschobene oder zurückgekehrte LGBTI-Personen zu bewerten, so dass im Falle eines potenziellen Risikos ein beschleunigtes System mit Drittländern aktiviert werden kann, um Asylanträge von LGBTI-Personen als Schutzmaßnahme zu unterstützen.
- Alle verfügbaren diplomatischen und politischen Kanäle zu nutzen, um zu fordern, dass die Rechte salvadorianischer Migrant\_innen und Asylsuchenden in den Ländern, in denen sie leben und durch die sie reisen, respektiert und geschützt werden.

## AUSSENPOLITIK UND MENSCHENRECHTE

Amnesty International hält es für wichtig, dass El Salvador an multilateralen Foren zu Menschenrechten teilnimmt. Sie ist der Auffassung, dass eine Entscheidung El Salvadors, die Achtung und Gewährleistung der Menschenrechte als zentrale Erwägung bei Beschlüssen des zentralamerikanischen Integrationssystem (Sistema de Integración Centroamericana, SICA) zu fördern, für den regionalen Integrationsmechanismus von Vorteil wäre, insbesondere angesichts der derzeitigen raschen Verschlechterung der Menschenrechtslage in Mittelamerika, insbesondere in Guatemala, El Salvador, Honduras und Nicaragua.

Darüber hinaus ist Amnesty International der Ansicht, dass die neuen Behörden auf den baldigen Beitritt El Salvadors zu wichtigen Menschenrechtsverträgen hinarbeiten sollten, die noch nicht Teil des nationalen Schutzsystems sind.

Daher fordert Amnesty International die neuen Behörden auf:

- Die Urteile des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte und die Resolutionen und Empfehlungen anderer internationaler Menschenrechtsmechanismen vollständig zu befolgen.
- im Rahmen des zentralamerikanischen Integrationssystems diplomatische Bemühungen zu unternehmen, um die Achtung der Menschenrechte in Mittelamerika zu fördern, wobei den Kontexten extremer Notlagen wie denen in Guatemala, Honduras und Nicaragua besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist.
- Mit den verschiedenen Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte zusammenzuarbeiten und die Interamerikanische Menschenrechtskommission einzuladen, damit sie im ersten Amtsjahr der neuen Regierung einen Besuch vor Ort durchführen kann.
- Sich unverzüglich und vorbehaltlos an Menschenrechtsverträge zu halten, die noch nicht Teil des nationalen Rechts sind, einschließlich des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Menschen vor gewaltsamem Verschwindenlassen, des Interamerikanischen Übereinkommens über das gewaltsame Verschwindenlassen von Personen, des Übereinkommens über die Nichtanwendung gesetzlicher Beschränkungen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit und des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe. Diese Verträge sollten auch in nationales Recht umgesetzt werden.
- Die Zuständigkeit der Vertragsorgane für den Erhalt und die Prüfung jeder Mitteilung anzuerkennen, in der behauptet wird, dass in einem der Gerichtsbarkeit von El Salvador unterstellten Gebiet eine Menschenrechtsverletzung begangen wurde.



**AMNESTY  
INTERNATIONAL IST  
EINE WELTWEITE  
BEWEGUNG FÜR  
MENSCHENRECHTE.  
WENN EINEM  
MENSCHEN UNRECHT  
GESCHIEHT, GEHT ES  
UNS ALLE AN.**

CONTACT US



[info@amnesty.org](mailto:info@amnesty.org)



+44 (0)20 7413 5500

JOIN THE CONVERSATION



[www.facebook.com/AmnestyGlobal](http://www.facebook.com/AmnestyGlobal)



@AmnestyOnline

# EL SALVADOR: MEMORANDUM AN DEN PRÄSIDENTEN

## ERSTE EMPFEHLUNGEN AN DIE NEUE REGIERUNG GOVERNMENT

Amnesty International ist der Ansicht, dass die neue Regierung unter Präsident Nayib Bukele die Verantwortung hat, große Veränderungen zu fördern und durchzuführen, um die internationalen Verpflichtungen in Bezug auf die Menschenrechte, die El Salvador eingegangen ist, zu erfüllen.

In diesem kurzen Dokument erläutert Amnesty International einige der wichtigsten Anliegen zur Menschenrechtssituation in El Salvador. Die Organisation hofft, dass die neue Regierung diese und andere Menschenrechtsherausforderungen angehen wird mit der Absicht, die erforderlichen Veränderungen schnell herbeizuführen, damit Menschenrechte im Land Wirklichkeit werden.

INDEX: AMR 29/0546/2019  
JUNI 2019  
ORIGINAL-SPRACHE: SPANISCH

[amnesty.org](https://www.amnesty.org)

**AMNISTÍA**  
INTERNACIONAL 